Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Aufgrund von § 4 in Verbindung mit § 19 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24.07.2000 in der Fassung vom 17.12.2015 (GBl. 2016, S1) hat der Gemeinderat der Stadt Balingen am **25.06.2019** folgende

Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

beschlossen:

Artikel I

Satzungsänderungen

§ 1 Entschädigung nach Durchschnittssätzen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten den Ersatz ihrer Auslagen und ihres Verdienstaufalles nach einheitlichen Durchschnittssätzen.
- (2) Der Durchschnittssatz beträgt bei einer zeitlichen Inanspruchnahme
 1. bis zu 3 Stunden (bisher: 23,00 €) neu:€
 2. von mehr als 3 bis zu 5 Stunden (bisher: 36,00 €) neu: €
 3. von mehr als 5 Stunden (Tageshöchstsatz) (bisher: 43,00 €) neu:€
- (3) Stadträte erhalten die Entschädigung nach Absatz 2 auch für die Teilnahme an einer Fraktionssitzung, die der Vorbereitung einer Sitzung des Gemeinderats oder eines Ausschusses dient. Die Gesamtzahl der zu entschädigenden vorbereitenden Sitzungen wird auf das 1 ½-Fache der Gemeinderatssitzungen pro Jahr beschränkt.

§ 3

Aufwandsentschädigung

- (1) Stadträte erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine Aufwandsentschädigung.

Diese wird gezahlt

1. als monatlicher Grundbetrag in Höhe von (bisher: 15,00 €) neu: €
sowie
 2. als Sitzungsgeld entsprechend der zeitlichen Inanspruchnahme in Höhe der Sätze nach § 1 Absatz 2. § 2 gilt entsprechend.
- (2) Der monatliche Grundbetrag beträgt für Fraktionsvorsitzende (bisher: 26,00 €) neu: € zuzüglich (bisher: 3,00 €) neu: € für jedes Mitglied der Fraktion. § 3 Absatz 1 Nr. 2 gilt entsprechend.

- (3) Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt ununterbrochen länger als 3 Monate tatsächlich nicht ausübt, für die über 3 Monate hinausgehende Zeit.
- (4) Die Ortschaftsräte der Stadtteile erhalten ein Sitzungsgeld entsprechend der zeitlichen Inanspruchnahme in Höhe der Sätze nach § 1 Absatz 2 und Absatz 3. § 2 gilt entsprechend.
- (5) Stadträte, die in einem Ortsteil wohnen und nicht zugleich Mitglied des jeweiligen Ortschaftsrates sind, erhalten bei Teilnahme an den Sitzungen dieses Ortschaftsrates ein Sitzungsgeld entsprechend der zeitlichen Inanspruchnahme in Höhe der Sätze nach § 1 Absatz 2. § 2 gilt entsprechend.
- (6) Besonders beauftragte ehrenamtliche Stellvertreter des Oberbürgermeisters erhalten für jede offizielle Vertretung eine Entschädigung von (bisher: 36,00 €) neu: €.

§ 3a

Entschädigung bei Pflege und Betreuung Angehöriger

- (1) Ehrenamtliche Mitglieder des Gemeinderates und des Ortschaftsrates sowie die sonstigen Mitglieder der Ausschüsse des Gemeinderates und der sonstigen Gremien, die durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Oberbürgermeister bzw. dem Ortsvorsteher glaubhaft machen, dass ihnen erforderliche Aufwendungen für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen während der Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit entstanden sind, erhalten Aufwendungen bis zu einem Höchstbetrag von (bisher: 43 €) neu: € pro Tag erstattet. Erstattungsfähig sind angemessenen Kosten für eine geeignete Betreuungskraft für die entgeltliche Betreuung von pflege- oder betreuungsbedürftigen Angehörigen. Aufwendungen für die Betreuung durch Verwandte im ersten Grad werden nicht erstattet. Der Oberbürgermeister bzw. Ortsvorsteher kann von den Erstattungsempfängern den Nachweis des Vorliegens der Erstattungsvoraussetzungen fordern.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.07.2019 in Kraft.

Balingen, den 26.06.2019

Helmut Reitemann

Oberbürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Balingen geltend gemacht worden ist

Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.